



Klaus Tenfelde (Hg.)

Befreites Land

Vom ‚Ruhrkessel‘
zur Gründung des Landes
Nordrhein-Westfalen

Bochum 2005



Impressum:

Herausgeber:

Der Vorstand der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets
Walther Müller-Jentsch, Klaus Tenfelde, Rainer Trösken
Clemensstr. 17–19
44789 Bochum
www.ruhr-uni-bochum.de/isb/

Alle Rechte vorbehalten

ISSN 1615-4495
ISBN 3-89861-585-5

Vertrieb: Klartext Verlag, Heßlerstraße 37, 45329 Essen
Tel.: 0201 / 86206-31/-32; Fax 0201 / 86206-22
www.klartext-verlag.de

© Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, Bochum, Dezember 2005



Inhalt

Klaus Tenfelde
Einführung
Seite 4

Jörg Echterkamp
Der „Ruhrkessel“ und die Ruhrgebietsbevölkerung im Frühjahr 1945
Seite 7

Rolf Steininger
Operation „Marriage“: Wie Nordrhein-Westfalen entstand
Seite 20

Werner Müller
Arbeiterräte, Betriebsräte und Gewerkschaften.
Die Arbeiter und der Wiederaufbau
der Demokratie im Ruhrgebiet 1945
Seite 43

Hans Ulrich Thamer
Die Entstehung der kommunalen Demokratie
im Ruhrgebiet und im späteren Bundesland Nordrhein-Westfalen
Seite 65

Rolf Steininger

Operation „Marriage“: Wie Nordrhein-Westfalen entstand

Die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1946 ist untrennbar verbunden mit der Ruhrfrage. Das war eines der überragenden Probleme alliierter Deutschlandpolitik nach 1945. Die Entscheidung über das Schicksal des Industriegebietes an Rhein und Ruhr, der ehemaligen „Waffenschmiede des Reiches“, war nicht nur untrennbar verbunden mit der Zukunft Nachkriegsdeutschlands und der weiteren Zusammenarbeit der Alliierten, sondern auch mit der Entscheidung über den Aufbau der europäischen Wirtschaft und damit der Nachkriegsordnung Europas insgesamt. Das aber führt direkt zu den Anfängen des Kalten Krieges.

Die Bedeutung des Ruhrgebietes lassen folgende Zahlen erkennen (Produktionszahlen Stand 1947, Deutschland ohne die Gebiete östlich von Oder/Neiße und ohne Saargebiet): Hier wurden 90 % der Kohle, des „Lebenselixiers Europas“, wie der amerikanische Außenminister George Marshall im Dezember 1947 den nach 1945 wichtigsten Energieträger bezeichnete¹, produziert, 72 % des Gusseisens, 74 % des Stahls, 69 % der Walzwerkerzeugnisse. Seit der anglo-amerikanischen Konferenz von Quebec im September 1944 stand fest, dass das Ruhrgebiet in der britischen Besatzungszone liegen würde. Dennoch war die Ruhrfrage bis Kriegsende kein spezielles Problem der Briten bei ihrer Deutschlandplanung, es gab daher auch keinen vom Kabinett beschlossenen „Ruhrplan“. Die Planungen betrafen Deutschland als Ganzes, und hier wollte man Sicherheit durch „drastische industrielle Abrüstung in Verbindung mit grundsätzlichen Änderungen in der Struktur der deutschen Industrie“². Die Sowjetunion und Frankreich verlangten dagegen eine Sonderbehandlung für das Ruhrgebiet. Auf der Konferenz in Potsdam forderten die Sowjets zur Sicherstellung von Reparationen eine Viermächte-Kontrolle des Ruhrgebietes. Der neue britische Außenminister Ernest Bevin verhinderte aber die Behandlung dieses Antrages mit dem Hinweis, dass Frankreich an der Konferenz nicht beteiligt sei.³

I. Frankreich fordert die Abtrennung des Ruhrgebietes

Frankreich hatte ganz eigene Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands. Sie waren ausschließlich geprägt von dem Verlangen nach zukünftiger Sicherheit vor Deutschland.

Auf der Außenministerkonferenz in London im September 1945 forderte der französische Außenminister Georges Bidault – „Es geht um Leben und Überleben Frankreichs!“ – offiziell die Abtrennung des Rheinlandes und Westfalens – einschließlich des Ruhrgebietes – vom Deutschen Reich als „unerlässlich für den Schutz der französischen Grenze und als wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit Europas und der Welt“.⁴

Wenig später präzisierte Paris gegenüber dem Foreign Office seine Vorstellungen: Das linksrheinische Gebiet sollte demnach in ein, zwei oder drei unabhängige Staaten aufgeteilt und von 50.000 alliierten Soldaten kontrolliert werden. Für das Ruhrgebiet verlangte Frankreich ein völkerrechtlich neuartiges Gebilde, das „Ruhr-Territorium“. Fünf Millionen Bewohner sollten die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, das neugeschaffene Territorium von den vier Alliierten und Belgien, Luxemburg und den Niederlanden mit ebenfalls 50.000 Soldaten besetzt und von einer alliierten Neuerkommission regiert werden, unterstützt von zehn Bomberstaffeln. Die Industriekonzerne sollten vollständig in den Besitz der Besatzungsmächte übergehen, Rüstungsbetriebe zerstört und die Produktionskapazitäten mit Ausnahme der Kohleförderung – hier war eine Steigerung vorgesehen – abgebaut werden.

Vorgesehen waren auch eine eigene Währung und eine eigene Notenbank. Bevin bezeichnete diesen Plan später zwar als konsequent und in sich logisch, ohne jene Kompromisse, die sich beim Versailler Vertrag als so erfolglos erwiesen hätten, aber es war auch klar, dass die Briten damit in ein Dilemma besonderer Art geraten waren.

II. Erster Ruhrplan und Kalter Krieg

Auf der einen Seite wurde Frankreich von London als Stützpfeiler britischer Politik auf dem Kontinent angesehen, zumal man davon ausging, dass die USA ihr Engagement in Deutschland und Europa so schnell wie möglich abbauen würden. Würde man Frankreich verärgern, die französischen Forderungen ablehnen oder sie zu sehr verwässern, würde London seinen Einfluss in Paris gänzlich verlieren und die Hoffnung aufgeben müssen, enge Beziehungen mit Frankreich aufrechtzuerhalten, mit der Konsequenz, dass sich die Franzosen ihre Sicherheit woanders suchen würden, „wahrscheinlich in Moskau“.

Auf der anderen Seite sah der französische Plan für die Bevölkerung an der Ruhr kein politisches Mitspracherecht vor. Die „Regierungskommission“ sollte den ausländischen Staaten verantwortlich sein. Dies war aber mit den demokratischen Prinzipien, unter denen die Briten in Deutschland angetreten waren, kaum zu vereinbaren. Man befürchtete zudem eine Irredenta-Bewegung und den erbitterten Widerstand aller politischen Parteien, Gewerkschaften und deutschen Sympathisanten im Ausland gegen eine politische Abtretung des Ruhrgebietes. Die wirtschaftlichen Folgen wurden sowohl für die Ruhr als auch für Restdeutschland als katastrophal bezeichnet. „Rumpf“-Deutschland ohne Rheinland, Ruhr, Saar, Schlesien und die Agrargebiete im Osten, verarmt und unfähig, sich selbst am Leben zu erhalten, würde sich unweigerlich an Russland anlehnen und von diesem abhängig werden; weder Frankreich noch irgendein anderes westliches Land könnte sich aber sicher fühlen, wenn der russische Einfluss bis an das Ruhrgebiet und das Rheinland herantreiben würde.⁵ Dies waren Argumente des beginnenden Kalten Krieges. Sie kamen von der Kontrollkommission in Deutschland; insbesondere beim stellvertretenden Militärgouverneur, General Brian Robertson und dem politischen Berater des Militärgouverneurs, William Strang, stießen die französischen Pläne auf schärfste Ablehnung.

Auf Wunsch Bevins legten sie einen Alternativplan vor, der im Einzelnen vorsah:

- 1 militärische Besetzung der Provinzen Nordrhein und Westfalen für 50 Jahre,
- 2 Leitung der Industrie durch deutsches Management („The Germans should be allowed to run their own affairs“),
- 3 Kontrolle durch ein internationales Gremium,
- 4 Enteignung der Schlüsselindustrien und Übertragung der Besitzrechte an öffentliche Gesellschaften („public holding companies“) mit entsprechenden Besitzanteilen für die beteiligten Staaten (ausdrücklich hieß es, auch eine deutsche Zentral- oder Länderregierung sollte Anteile erhalten),
- 5 Bildung eines Beirates („Council for Industry“), der sicherstellen sollte, daß die Ressourcen des Ruhrgebietes für den Wiederaufbau Europas genutzt würden.⁶

Anfang Januar beauftragte Bevin den interministeriellen Planungsstab für Wirtschaft und Industrie EIPS (Economic and Industrial Planning Staff), einen Plan auszuarbeiten, bei dem die Vorstellungen der Kontrollkommission berücksichtigt werden sollten.

EIPS übernahm wesentliche Elemente des Plans der Kontrollkommission, verschärfte aber vor allem einen Punkt. Demnach sollte die Ruhrindustrie vollständig in den Besitz der Sieger übergehen, mit je 20 Prozent für Großbritannien, Frankreich, die USA, die Sowjetunion und die Beneluxländer. Eine internationale Dachgesellschaft dieser Länder sollte die Verwaltung übernehmen und einer deutschen Regierung erst am Ende einer mindestens

50jährigen Besatzungszeit die Möglichkeit gegeben werden, Stimmrechte an dieser Dachgesellschaft zu erwerben.⁷

Die britischen Akten machen deutlich, dass im Februar 1946 eine Diskussion im Foreign Office begann, die von Zweifeln und Misstrauen gegenüber der sowjetischen Deutschlandpolitik geprägt war. Mehr und mehr setzte sich die Überzeugung durch, dass es nunmehr Ziel der Sowjets war, mit Hilfe der ihnen ergebenden deutschen Kommunisten die Kontrolle über ganz Deutschland zu erringen, mit einer kommunistischen Zentralregierung in Berlin als Ausgangspunkt.

Vom ranghöchsten Beamten im Foreign Office, Sir Orme Sargent, wurden Mitte Februar 1946 verschiedene Denkmodelle durchgespielt:

- 1 Sollte man, um die Wiedervereinigung Deutschlands unter russischem Einfluss zu verzögern, den gegenwärtigen Besatzungszustand so lange wie möglich aufrechterhalten und die Bildung einer deutschen Zentralregierung verhindern? War dies angesichts der Ernährungssituation in der britischen Zone überhaupt möglich?
- 2 Musste man weiter von der Annahme ausgehen, dass die Sowjets alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um eine früher oder später zu errichtende deutsche Zentralregierung zu beherrschen – und zwar mit Hilfe deutscher Kommunisten?
- 3 Wenn dies so war, konnte London eine solche Entwicklung verhindern, indem es die demokratischen Parteien unterstützte, um sie als Gegengewicht zu den von den Sowjets kontrollierten Parteien aufzubauen? Falls man dies nicht tun würde, konnte man dann von diesen Parteien erwarten, dass sie dem kommunistischen Druck standhielten, insbesondere dann, wenn Briten und Amerikaner ihre Truppen abgezogen hätten und durch das niedrige Industrieniveau in Deutschland chronische Arbeitslosigkeit herrschen würde?
- 4 Falls London aber die Bildung einer kommunistischen deutschen Zentralregierung nicht verhindern konnte, sollte man dann nicht wenigstens versuchen, um jeden Preis das Ruhrgebiet für den Westen zu retten, indem man es der wirtschaftlichen und politischen Kontrolle einer solchermaßen kommunistisch beherrschten deutschen Regierung entzog?⁸

Die Gedankenspiele gingen noch weiter: War es angesichts der sowjetischen Politik ratsam, auf eine Spaltung Deutschlands hinzuarbeiten, einen Teil Westdeutschlands, d. h. das Ruhrgebiet oder ganz Westdeutschland, in einen letztlich gegen die Sowjetunion gerichteten Westblock zu integrieren – als „Bollwerke“ gegen den Kommunismus.⁹

Für den Leiter der Deutschlandabteilung im Foreign Office, Sir John Troutbeck, war eine solche Politik zu diesem Zeitpunkt noch ein „gefährliches Spiel“. Die Einbeziehung des

Ruhrgebietes allein in diesen Block betrachtete er eher als eine Belastung. Die Einbeziehung ganz Westdeutschlands dagegen hielt er für möglich, auch wenn er gewisse Gefahren sah, die seiner Meinung nach im Charakter des deutschen Volkes angelegt waren. Der größte Teil der Deutschen, insbesondere in Westdeutschland, sei zwar für eine Bindung an den Westen, aber, so warnte er, man solle sich darauf nicht zu sehr verlassen. Die Deutschen hätten einmütig Hitlers Angriff auf die westliche Zivilisation unterstützt, sie würden auch jetzt unter den gegebenen Umständen zuerst an Deutschland denken. Wenn sie sich dabei etwas von Russland versprächen, würden sie nicht zögern, mit Russland zusammenzugehen. Um die Westdeutschen im westlichen Lager zu halten, müsse man ihnen materielle Zugeständnisse machen, die bis zur Aufgabe aller Sicherheitsmaßnahmen gehen könnten. Westdeutschland würde wohl als erstes die Bildung einer Armee als Preis für eine solche Zusammenarbeit fordern. Troutbeck kam zu dem Schluss, wenn London bereit sei, diesen Preis zu zahlen, könnte die Politik erfolgreich sein, falls ganz Westdeutschland ins westliche Lager integriert werde, nicht jedoch das Ruhrgebiet allein.¹⁰

Auch für Sir Oliver Harvey, der wenig später zum stellvertretenden Staatssekretär ernannt wurde, war der Gedanke, Deutschland an der Elbe zu teilen und Westdeutschland in einem gegen die Sowjetunion gerichteten Westblock aufzubauen, „nicht unattraktiv“, wenn es ihm auch im Februar 1946 ebenfalls noch verfrüht schien, darüber ernsthaft nachzudenken.¹¹ Ernste Bedenken äußerte nur der frankophile britische Botschafter Duff Cooper in Paris. „Frankenstein“, so warnte er, „hat erfahren müssen, dass es sich nicht lohnt, Monster zu fabrizieren.“¹² Zu diesem Zeitpunkt gab es noch gewichtige Stimmen im Foreign Office (u. a. auch Oliver Harvey), die für die Abtrennung des Ruhrgebietes plädierten. Der wichtigste Grund hierfür war, dass angesichts des von den Alliierten festgelegten niedrigen Industrieniveaus für ganz Deutschland, das nicht den Vorstellungen der Briten entsprach, nur auf diese Weise, d. h., wenn man das Ruhrgebiet aus dem Geltungsbereich des Potsdamer Abkommens herausnahm, dessen Wirtschaft voll für den Wiederaufbau Europas genutzt werden könnte.

Bevin legte schließlich am 11. März dem „Minister-Ausschuss für deutsche Industrie“ ein umfangreiches Memorandum vor, in dem die Beratungen der vergangenen Wochen zusammengefasst waren. Er nannte darin als Ziele britischer Politik:

- 1 Sicherheit vor einem Wiederaufleben deutscher Aggression,
- 2 einigermaßen stabile wirtschaftliche Verhältnisse in Deutschland und Europa,
- 3 Reduzierung der britischen Besatzungskosten einschließlich der Kosten für die Ernährung der Deutschen,
- 4 ein demokratisches und nach Westen orientiertes Deutschland,
- 5 die Beschränkung des sowjetischen Einflussbereiches so weit östlich wie möglich,

6 den Wiederaufstieg Frankreichs als ein stabiles Mitglied der westlichen Demokratien. Ausdrücklich wies er auf das große Interesse der Sowjetunion an der Ruhr hin. Die Sowjets würden dort in jedem Fall eine wichtige Rolle spielen, sei es als Mitglied eines internationalen Regimes oder als die Macht „hinter der KPD“. Die Fragen, die Sargent gestellt hatte, wurden jetzt beantwortet, und zwar, so Bevin: „Wenn Berlin Sitz einer deutschen Regierung wird, wird sie starkem kommunistischen und sowjetischen Druck ausgesetzt sein. Die Kommunisten werden sich im Osten eingraben und ihre Offensive gegen die Parteien im Westen fortsetzen. Ich befürchte, wir müssen weiter von der Annahme ausgehen, dass die sowjetische Regierung auch in Zukunft alles daransetzen wird, um sicherzustellen, dass eine deutsche Regierung kommunistisch und von ihr kontrolliert wird.“

In Deutschland würden die Sowjets die gleichen Methoden anwenden wie in Osteuropa. Unter diesen Umständen hielt Bevin es für angebracht, die Errichtung einer deutschen Zentralregierung in Berlin so lange wie möglich hinauszuschieben, um Zeit für den Aufbau demokratischer Strukturen im Westen zu gewinnen. Die Frage blieb nach wie vor, ob die demokratischen Parteien in Westdeutschland langfristig dem kommunistischen Druck widerstehen würden – insbesondere nach Rückzug der britischen und amerikanischen Truppen und bei Durchführung des Industrieplanes (Verringerung der deutschen Industrie auf etwa 50 % der Vorkriegszeit und der Stahlproduktion auf 5,8 Mio. Tonnen). Angesichts sowjetischer Präsenz in Deutschland – und selbst nach einem Rückzug der Sowjets bis an die Oder – zweifelte Bevin daran.

Wenn aber die Errichtung einer kommunistischen und von den Sowjets kontrollierten deutschen Zentralregierung nicht zu verhindern sei, dann, so Bevin, „müssen wir aus schwerwiegenden sicherheitspolitischen Gründen versuchen, das Ruhrgebiet um jeden Preis zu halten, indem wir es der wirtschaftlichen und politischen Kontrolle Berlins entziehen, denn, falls Deutschland unter sowjetische Kontrolle gerät, ist es besser, das Ruhrgebiet ist nicht Teil dieses Deutschlands“.¹³

All dies waren höchst unerfreuliche Aussichten; dennoch wurde am 15. März eine erste Entscheidung getroffen. Der Minister-Ausschuss billigte nach kurzer Diskussion den EIPS-Plan für die Ruhr.¹⁴

III. Zweiter Ruhrplan und Kalter Krieg

Nur vier Wochen später gab es einen neuen Plan. Mitentscheidend für diese Entwicklung war das wachsende Misstrauen gegenüber der sowjetischen Politik, zumal auch aus Moskau beunruhigende Analysen kamen. Der Charge d'Affaires der britischen Botschaft dort,

Frank Roberts, schickte gleich mehrere Memoranden nach London. Er bezeichnete die Außenpolitik des Kreml als „alarmierend“; sie werde ohne Rücksicht auf die Alliierten und bestehende vertragliche Verpflichtungen betrieben und richte sich gegen lebenswichtige britische Sicherheitsinteressen. Und dann wurde aufgezählt: In Griechenland forderten die Sowjets einen Stützpunkt auf den Dodekanes, in Persien hätten sie einen prosowjetischen Ministerpräsidenten gefunden, der ihnen helfen werde, das Erreichte zu sichern; in der Türkei unterstützten sie territoriale Forderungen der Armenier und Georgier; ihre Propaganda richte sich gegen die britischen Interessen in Ägypten, in der gesamten arabischen Welt, in Indien und in den fernöstlichen Kolonien. Überall würden so genannte „nationale Befreiungsbewegungen“ gefördert, die Entwicklung guter Beziehungen zu Polen verhindert, der britische Einfluss in Jugoslawien geschwächt, Ungarn und Österreich starkem politischen und wirtschaftlichen Druck ausgesetzt, in Italien und ganz besonders in Frankreich die kommunistischen Parteien unterstützt und die kommunistische Propaganda gegen Großbritannien gerichtet. Kurz: „Wir werden überall zur gleichen Zeit attackiert.“ Moskau, so lautete die Interpretation, wolle vom Nachkriegschaos in Europa und der Welt nur profitieren. Es verfolge die gleiche national-imperialistische Politik wie Iwan der Schreckliche, Peter der Große oder Katharina die Große, wobei hinzukomme, dass die Führer im Kreml nicht nur nicht an die gleichen Werte wie die der westlichen Demokratien glaubten, sondern dazu auch absolut unfähig seien.¹⁵

In Berlin und der sowjetischen Zone trieb die SPD-KPD-Vereinigungskampagne ihrem Höhepunkt zu. Im Foreign Office wurde es angesichts dieser Entwicklung als wichtigstes Ziel bezeichnet, „die Ausbreitung des Kommunismus und des russischen Einflusses auf unsere Zone“ und die übrigen Westzonen zu verhindern¹⁶, und Sargent stellte die Frage: „Sollen wir die antikommunistischen Kräfte organisieren und unterstützen und, wenn ja, wie soll dann unsere Taktik aussehen und welche Mittel stehen uns zur Verfügung? Sollen wir weiter wie bisher von der Annahme ausgehen, dass wir mit einer deutschen Regierung rechnen müssen, die ganz Deutschland von Berlin aus regiert, oder sollen wir unsere Bemühungen lediglich darauf konzentrieren, die antikommunistischen Kräfte in unserer Zone fest zu etablieren?“¹⁷

In einer Besprechung am 3. April 1946 im Foreign Office wurde das weitere Vorgehen festgelegt: – noch – keine Aufgabe des Potsdamer Abkommens, aber durch die Bildung starker Länder größtmögliche Schwächung einer zukünftigen, wahrscheinlich kommunistisch beherrschten Zentralregierung. Einer solchen durften „unter keinen Umständen Rechte zugestanden werden, die die Länder in ihrem autonomen Status einschränken könnten“. In der Zwischenzeit würde man zwar keine prinzipiellen Einwände gegen die Errichtung

zentraler deutscher Verwaltungsstellen erheben, vor dem Auf- und Ausbau deutscher Länder aber auch keine Eile zeigen, an der Bildung dieser Zentralstellen in Berlin mitzuwirken.¹⁸ Am 10. April schrieb Bevin an Premierminister Clement Attlee: „Die Russen haben sich für eine aggressive Politik entschlossen, die sich auf militanten Kommunismus und russischen Chauvinismus gründet. Sie schrecken offensichtlich vor nichts zurück und gehen bis an den Rand des Krieges, um ihre Ziele zu erreichen. Gegenwärtig richtet sich die aggressive Politik Russlands eindeutig gegen [unser] Land.“¹⁹

Von nun an wurde die „russische Gefahr“ endgültig zur Grundlage der britischen Deutschlandpolitik.

Was bedeutete das für den EIPS-Ruhrplan? Über die Schwierigkeiten bei seiner Realisierung hatte man sich von Anfang an keine Illusionen gemacht. Hinzu kam, dass er nur mit Zustimmung der Sowjets funktionieren konnte. Dabei schloss er die Beteiligung der Roten Armee an der militärischen Kontrolle des Ruhrgebietes nicht ausdrücklich aus, auch wenn Bevin jetzt die Meinung vertrat, gerade mit Hilfe dieses Planes sei zu hoffen, die Stationierung sowjetischer Truppen im Westen zu verhindern. Die Stabschefs sprachen sich noch am 5. April mit einem gewissen Zögern für den EIPS-Plan aus, gaben aber zu bedenken, dass es schwierig sei, den Sowjets die militärische Mitarbeit zu verwehren, falls sie entsprechende Wünsche äußern würden. Wenn das aber eintrete, war es ihrer Meinung nach unmöglich, sie daran zu hindern, im Ruhrgebiet eine „russische Zone“ zu errichten und sich damit eine sichere Ausgangsbasis „für kommunistische Aktivitäten“ zu schaffen.²⁰

Die entscheidende Frage lautete: Gab es eine Alternative zum EIPS-Plan? Gab es einen Plan, mit dem die britischen Ziele besser erreicht werden konnten, mit dem gleichzeitig die Sowjets, zumindest bis zur Klärung der politischen Verhältnisse in Deutschland, vom Ruhrgebiet ferngehalten werden konnten – ohne dass dies den Briten von Moskau als anti-sowjetischer Schritt und Aufkündigung der Vier-Mächte-Verwaltung vorgeworfen werden konnte – und mit dem außerdem noch die Gefahr, die von einer kommunistischen Regierung in Berlin ausgehen würde, so gering wie möglich gehalten werden konnte, einen Plan, der den französischen Sicherheitsvorstellungen einigermaßen entsprach?

Eine Gruppe im Foreign Office, die den EIPS-Plan von Anfang an als verkappte Annexion abgelehnt hatte, war davon überzeugt, dass es diesen Plan gab. Sie legte ihn Anfang April nach Rücksprache mit der Kontrollkommission vor. Das Wort Internationalisierung, d. h. Übergabe der Besitzrechte an die Sieger – einschließlich der Sowjetunion –, kam in diesem Plan nicht mehr vor. Die Schlüsselindustrien sollten nun in deutschem Besitz bleiben, allerdings sozialisiert, d. h., öffentliches deutsches Eigentum werden, geführt von deutschem Management und kontrolliert von der britischen Besatzungsmacht. Sie sollten in

eine durch deutsches Gesetz zu errichtende Gesellschaft überführt werden, wobei das Verhältnis dieser Gesellschaft zur Regierung eines zu gründenden Landes mit dem des National Coal Board zur britischen Regierung verglichen wurde.²¹

Dieser Plan schloss zwar eine sowjetische Beteiligung nicht von vornherein aus, aber im Gegensatz zum EIPS-Plan, der eine möglichst frühe Internationalisierung vorsah, war jetzt bis zum Ende der Besatzungszeit, von dem niemand wusste, wann das sein würde, das „russische Problem“ gelöst: Bis dahin würde es keine Sowjets im Ruhrgebiet geben. Und sollten die Sowjets am Ende der Besatzungszeit eine Beteiligung fordern, sollte das nur auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit geschehen, d. h. sowjetische Beteiligung an einer internationalen Kontrollbehörde sollte nur zugestanden werden, wenn die westlichen Staaten in gleichem Umfang an einer ähnlichen Organisation in der sowjetischen Zone beteiligt würden, eine Idee, die immer stärker in den Vordergrund rückte. Und noch ein Punkt war wichtig: Der vom Kontrollrat verabschiedete Industriepan machte den Wiederaufbau der Ruhrindustrie (die Briten dachten an 36 Mio. Tonnen Stahl jährlich) unmöglich. Würden aber eines Tages diese Beschränkungen fallen, war eine solche Entwicklung eher möglich als bei einer wirtschaftlichen Internationalisierung der Ruhr-Industrie. In einer letzten Besprechung am 15. April im Foreign Office, an der auch Brian Robertson teilnahm, wurde dieser Plan gebilligt.²² Noch am selben Tag wurde eine zweite Kabinettsvorlage gedruckt und den Ministern für die baldige Kabinettsitzung zugestellt.²³

IV. Entscheidung für ein neues Land

In dieser Sitzung erläuterte Bevin zunächst beide Pläne, um dann festzustellen, dass er nunmehr den zweiten Plan favorisiere. Er bat sodann um die Meinung seiner Kollegen. Diese müssen zweifelsohne einigermaßen überrascht gewesen sein von dem eher ungewöhnlichen Vorgehen des Foreign Office, so kurzfristig einen völlig neuen Plan vorzulegen, nachdem wochenlang nur der EIPS-Plan zur Diskussion gestanden hatte. Man war sich daher zwar einig in der Ablehnung der französischen Forderungen einer politischen Abtrennung von Rheinland und Ruhrgebiet, über Vor- und Nachteile der eigenen Pläne gingen die Meinungen aber auseinander. Für die Annahme des neuen Plans sprachen im Wesentlichen folgende Gründe:

- 1 Im Gegensatz zu einer sozialisierten, im Besitz des deutschen Staates verbleibenden Industrie würde eine internationale Behörde, in der Vertreter verschiedener Regierungen saßen, wenig produktiv arbeiten.

- 2 Britische Politik dürfe nicht von der Annahme ausgehen, dass man Deutschland durch internationale Kontrolle für ewige Zeit niederhalten könne. Es sei besser, in Deutschland die Errichtung einer aufgeklärten sozialen Demokratie („enlightened social democracy“) zu fördern, die es Deutschland erlauben werde, in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker zurückzukehren. Mit diesem Ziel vor Augen sei es besser, wenn diese Industrien in deutschem Besitz verblieben.
- 3 Sowjetische Beteiligung an der Kontrolle würde auf das gleiche Maß beschränkt, wie man umgekehrt an der Kontrolle der Wirtschaft der Ostzone, z. B. in Sachsen, beteiligt würde.
- 4 Hier wurde die später von britischer und deutscher Seite, insbesondere der SPD, vertretene „Magnettheorie“, wonach die Westzonen so aufgebaut werden müssten, dass sie den Ostteil Deutschlands eines Tages wie ein Magnet anziehen würden, vorweggenommen: Der neue Plan werde der Tatsache gerecht, dass Europa in zwei Einflusszonen geteilt werde. Er biete die Chance zu beweisen, „dass wir in einem demokratischen Westdeutschland eine leistungsfähige Wirtschaft aufbauen können, die zum Vergleich mit jener Wirtschaft herausfordert, die unter einem anderen System in Ostdeutschland aufgebaut wird“.
- 5 Wahrscheinlich würde das Risiko einer neuerlichen nationalistischen Bewegung in Deutschland, die sich auf Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung gründe, verringert werden. Noch ohne Kenntnis des Meinungsumschwungs im Foreign Office hinsichtlich der Sowjetunion und, wie sich später zeigen sollte, auch ohne die Bereitschaft, diesen Umschwung sofort und vollständig mitzuvollziehen, sahen denn auch einige Kabinettsmitglieder weiter im EIPS-Plan – Internationalisierung der Ruhrindustrie – die entscheidenden Vorteile, und zwar aus folgenden Gründen:
 - 1 Eine der größten Gefahren für den zukünftigen Frieden in Europa liege darin begründet, dass wahrscheinlich im Laufe der Jahre die Siegermächte mehr und mehr in ihrem Bemühen nachlassen würden, in Deutschland eine Kontrolle auszuüben, die notwendig sei, um die Deutschen vom Wiederaufbau eines Kriegspotentials abzuhalten. Die Internationalisierung würde eine solche fortdauernde Kontrolle garantieren.
 - 2 Es würde schwierig sein, in Deutschland Sozialdemokraten zu finden, die genügend Wissen und Erfahrung hätten, um die Gesellschaften zu führen, in die die sozialisierten Betriebe eingebracht werden sollten. Höchstwahrscheinlich würde die Leitung dieser Gesellschaft in die Hände von Industriellen geraten, die dem Wiederaufbau einer extrem nationalistischen Bewegung in Deutschland wohlwollend gegenüberstünden.

- 3 Die vorgesehene Staatsgesellschaft könne eine für die britische Wirtschaft nachteilige Politik betreiben. In einer internationalen Dachgesellschaft, in der Großbritannien mitbestimmen würde, sei es dagegen eher möglich, eine Politik zum Vorteil der britischen Industrie durchzusetzen.
- 4 Eine Internationalisierung würde mit dazu beitragen, Frankreich als große Industriena-tion wieder aufzubauen, und würde gleichzeitig für wachsenden Wohlstand in Holland und Belgien sorgen.

Angesichts der Meinungsverschiedenheiten gab Bevin zu verstehen, dass noch nichts entschieden werden müsse, gleichzeitig räumte er ein, dass auch er gezögert habe, den ursprünglichen Plan aufzugeben. Mit Nachdruck wies er jedoch auf einen wichtigen Punkt in dem neuen Plan hin, den er als ganz bedeutend bezeichnete: die Schaffung eines neuen deutschen Landes. Er schlug vor, in den Sondierungsgesprächen, die er mit den befreundeten Regierungen über die Ruhr führen wolle, beide Pläne zur Diskussion zu stellen und, falls man sich doch für die Internationalisierung entscheide, dies mit der Errichtung eines neuen Landes zu kombinieren. Bevin wurde daraufhin ermächtigt, über die Ruhrfrage und das deutsche Problem insgesamt auf der Grundlage der beiden Pläne mit den Regierungschefs der Dominien und der besonders interessierten Staaten, in erster Linie Frankreichs, Belgiens und Hollands, zu beraten, wobei allerdings als erstes versucht werden sollte, „die prinzipielle Zustimmung zur Errichtung eines neuen deutschen Landes an der Ruhr“ zu erreichen.²⁴

V. Großes oder kleines Land?

Nach der Entscheidung des Kabinetts für ein neues Land drängte das Foreign Office auf schnelle Realisierung dieses Beschlusses. Das neue Land sollte nicht nur sichtbarer Beweis dafür sein, dass die Briten bei der Lösung des Ruhrproblems Fortschritte erzielten, Bevin wollte auch in der zweiten Phase der Außenministerkonferenz in Paris das Thema Deutschland auf solider Grundlage („firm basis“) diskutieren können.²⁵ Bei dem neu zu errichtenden Land ging es um die entscheidende Frage nach dessen Größe. Sollte es (a) entsprechend dem ursprünglichen französischen Plan lediglich das Ruhrgebiet im engeren Sinne östlich des Rheins umfassen oder (b) sehr viel größer sein, nämlich ganz Westfalen und die Nordrhein-Provinz umfassen? Nur diese Alternativen standen in den folgenden Wochen ernsthaft zur Diskussion. Die Kontrollkommission in Deutschland setzte sich von Anfang an für die *große* Lösung (b) ein, während Bevin und einige Mitarbeiter im Foreign Office sie von Anfang an ablehnten und für die *kleine* Lösung (a) plädierten. Sie trugen im Wesentlichen folgende Gründe vor:

- 1 Für die internationale Kontrolle der Ruhrindustrie sei ein kleines Gebiet völlig ausreichend, da darin etwa 90 % der ganz Deutschland nach dem Ende der Reparationen verbleibenden Kohle- und Stahlproduktion konzentriert seien.
- 2 Je kleiner das unter internationaler Kontrolle stehende Gebiet sei, um so eher würden die Deutschen diese Kontrolle akzeptieren.
- 3 Es sei wünschenswert, dass die im Zusammenhang mit der Kontrolle notwendigen Maßnahmen auf ein Gebiet beschränkt würden, dessen besonderer Charakter klar erkennbar sei und daher eine besondere Kontrolle auch als gerechtfertigt erscheinen lasse.
- 4 Die Grenzen des neuen Landes sollten mit dem Gebiet übereinstimmen, das zur Unterstützung der internationalen Kontrolle militärisch besetzt werden würde. An der Besetzung müssten britische Truppen beteiligt werden. Angesichts des Personalmangels müsste aber diese Verpflichtung auf ein geringes Maß reduziert werden. Die einfachste Lösung sei daher, das neue Land so klein wie möglich zu halten.
- 5 Für den Fall, dass eine deutsche Zentralregierung oder die Landesregierung ihre aus dem Friedensvertrag resultierenden Verpflichtungen hinsichtlich der internationalen Kontrolle verletzen würde, war als eine der Sanktionen die Übernahme der Regierungsgewalt vorgesehen. Eine andere Sanktion sah vor, dass die internationale Besatzungstruppe sämtliche Kommunikations- und Transportmittel an sich ziehen würde, um die Lieferung von Kohle und Stahl aus dem Ruhrgebiet in das übrige Deutschland zu verhindern. Je kleiner das Gebiet sei, um so besser könnten die Sanktionen mit wenig Truppen und Material durchgeführt werden.
- 6 Noch immer wurde nicht offiziell ausgeschlossen, dass nach Beendigung der allgemeinen Besetzung Deutschlands auch die Sowjetunion an der internationalen Kontrolle beteiligt würde (vorausgesetzt, die Sowjetunion würde ihrerseits die Westmächte an ähnlichen Kontrollen in Ostdeutschland und Osteuropa beteiligen), wobei man gleichzeitig allerdings hoffte, die Stationierung sowjetischer Truppen im Ruhrgebiet verhindern zu können. Unabhängig davon, so hieß es, würde allein schon die Präsenz russischer Funktionäre und Experten gefährlich sein, da mit der Ausbreitung kommunistischen Einflusses und kommunistischer Propaganda zu rechnen sei. Aus „allgemeinen strategischen“ Gründen sei es daher notwendig, das russische Einflussgebiet so klein wie möglich zu halten und auf gar keinen Fall über den Rhein nach Westen auszudehnen.
- 7 Ein großes Land könne zu mächtig werden und die aggressive zentralistische Politik Preußens wiederaufleben lassen.

Dem setzten die Befürworter der großen Lösung folgende Argumente entgegen:

- 1 Da es die Absicht der Briten sei, Deutschland auf föderalistischer Grundlage mit starken Ländern aufzubauen, sei es wünschenswert, dass jedes Land so weit wie möglich eine ausgeglichene Wirtschaftseinheit darstelle. Es werde zwar nicht beabsichtigt, die Ländergrenzen zu Handelsschranken zu machen, obwohl sie das natürlich bis zu einem gewissen Grade sein würden, insbesondere in einem Land, das den besonderen Maßnahmen einer internationalen Kontrolle unterworfen sei. Die Industrie im Nordwesten Deutschlands beschränke sich aber nicht auf das im französischen Plan vorgesehene Gebiet, sondern reiche bis in die übrigen Gebiete der Provinzen Westfalen und Nordrhein hinein. In diesen Gebieten gebe es zusätzlich noch Landwirtschaft, und dies würde so zu einer ausgewogenen Wirtschaft beitragen.
- 2 Ein kleines, hoch industrialisiertes Gebiet werde besonders stark unter Konjunkturschwankungen leiden. Im Falle einer Krise in der Kohle- und Stahlindustrie werde jeder Bewohner dieses Gebietes im selben Moment ein Opfer dieser Krise werden. Ein größeres und ausgewogeneres Gebiet könne mit diesen Schwankungen viel besser fertig werden.
- 3 Das angestrebte föderalistische System sehe für die Länder ein sehr hohes Maß an Steuerautonomie vor. Wenn die Länder auch für die Sozialversicherung zuständig seien, werde das für ein kleines, sehr stark industrialisiertes Land große Schwierigkeiten mit sich bringen.
- 4 Falls die Grenzen des neuen Landes nicht zum Teil mit den Grenzen Deutschlands übereinstimmten, könne eine deutsche Reichsregierung dazu neigen, das Land wie eine Enklave zu isolieren und den Kontakt zur Außenwelt zu unterbrechen.
- 5 Tradition und Gefühle der Deutschen würden für das Land sprechen, dessen Grenzen in gewisser Weise historisch gewachsen seien. In einem vollkommen künstlichen Gebilde wie dem angestrebten kleinen Gebiet könne es keinen Lokalpatriotismus geben. Allgemein werde davon ausgegangen, dass die internationale Kontrolle ohne ein Minimum deutscher Kooperationsbereitschaft nicht funktionieren werde; selbst dieses Minimum werde man aber nicht erreichen, wenn bei der Festlegung des neuen Landes die „Gefühle der Deutschen“ einfach übergangen würden. Die demokratischen Elemente in Deutschland, SPD und CDU, die es im Hinblick auf die Ziele, die man in Deutschland verfolge, zu unterstützen gelte, könnten davon überzeugt werden, eine Reorganisation, die auf traditionellen Grenzen aufbaue, zu akzeptieren; ein neues, künstliches Gebilde würden sie dagegen vollkommen ablehnen.
- 6 In dem kleinen Gebiet wohnten ausschließlich Arbeiter, die in ihrer Mehrheit zweifelsohne entweder schon Kommunisten seien oder aber würden. Unabhängig davon, ob die Sowjets an der Kontrolle beteiligt würden, werde das Gebiet so zu einem Zentrum

- kommunistischen Einflusses und kommunistischer Propaganda. In einem großen Land würden die Kommunisten dagegen zahlenmäßig unterlegen sein, und es werde kein vollkommen von der kommunistischen Partei beherrschtes politisches Gebilde geben.
- 7 Ein Land, das die Provinzen Westfalen und Nordrhein umfasse, könne, da es auf der Grundlage der bestehenden Grenzen und Verwaltungseinheiten aufgebaut sei, buchstäblich über Nacht errichtet werden. Dagegen werde es erheblich länger dauern, ein kleines, künstliches Land zu schaffen.
 - 8 Den militärischen Argumenten wurde entgegengesetzt, dass eine Truppe nicht besser operieren könne, wenn sie auf ein kleines Industriegebiet beschränkt sei, sondern im Gegenteil große Flächen benötige, wo sie sich auf den Ernstfall vorbereiten könne.
 - 9 Mit den verwaltungstechnischen und politischen Schwierigkeiten, die mit Sicherheit bei der Errichtung eines kleinen, künstlichen Landes entstehen würden, müssten im gegenwärtigen Zeitpunkt und auf absehbare Zeit allein die britischen Besatzungsbehörden in Deutschland fertig werden.
 - 10 Es müsse das Bemühen der britischen Politik sein, Organisationen in Deutschland zu schaffen, die auch langfristig Bestand hätten. Bei einem großen, politisch und wirtschaftlich ausgewogenen Land mit historischer Tradition werde das der Fall sein, bei einem kleinen, künstlich geschaffenen dagegen nicht.
 - 11 Was endlich die Gefahr eines „neuen Preußen“ anging, so wurde betont, ein starkes Land sei gerade deshalb vorteilhaft, weil es nach größerer Unabhängigkeit streben werde, und das wiederum entspreche genau den britischen Vorstellungen von einem stark föderalistischen Deutschland.

Die Vertreter der Kontrollkommission in Deutschland beharrten auf einem großen Land Nordrhein-Westfalen, während im Foreign Office eine gewichtige Gruppe um Sir O. Harvey und B.A.B. Burrows nach wie vor für die französische Lösung plädierte.²⁶ Auch Bevin war zu diesem Zeitpunkt – Anfang Juni 1946 – noch gegen die große Lösung; die Ruhr musste seiner Meinung nach ein eigenes Gebiet umfassen. In dem Versuch, die Argumente der Befürworter eines großen Landes mit seinen eigenen Vorstellungen zu verbinden, schlug er daher nun seinerseits vor, das neue, große Land („Province“) in drei mehr oder weniger selbständige Verwaltungseinheiten („Counties“) einzuteilen, von denen eine das Ruhrgebiet umfassen sollte. In jedem Fall sollte eine Entscheidung nicht getroffen werden, ohne die Stabschefs und die „Leute vor Ort“, d. h. der Kontrollkommission in Deutschland, gehört zu haben.²⁷ Dies geschah am 6. Juni und war für die weitere Entwicklung entscheidend. In der Besprechung im Foreign Office unter Leitung von Sir O. Harvey trugen die Vertreter der Kontrollkommission – in erster Linie Sir Brian Robertson und Sir William

Strang – mit großer Überzeugungskraft die o. g. wirtschaftlichen, politischen und militärischen Argumente für die Bildung eines großen Landes aus den Provinzen Nordrhein und Westfalen vor. Sie konnten am Ende der Sitzung einen durchschlagenden Erfolg für sich verbuchen; nahezu einstimmig sprach sich die Runde für das große Land aus.²⁸

VI. Entscheidung für Nordrhein-Westfalen

Bevin übermittelte daraufhin am 11. Juni dem für außenpolitische Fragen zuständigen Ministerausschuss („Overseas Reconstruction Committee“) ein entsprechendes Memorandum. Darin ging er jedoch noch einen Schritt weiter, indem er versuchte, die große Lösung (b) mit den Vorteilen der kleinen Lösung (a) zu verbinden. So sollte innerhalb des großen Landes – Nordrhein-Westfalen – ein besonderes Gebiet ausgewiesen werden, in dem sich die Schlüsselindustrien befanden und das einer internationalen Kontrolle unterworfen werden sollte. Dieses Gebiet umfasste das engere Ruhrgebiet – so wie es im französischen Plan vorgesehen war – mit Erweiterungen im Norden, Süden und Westen, einschließlich der Kohlenreviere von Köln und Aachen. Im Fall von Sanktionen sollte das Militär dieses Gebiet abriegeln, hier sollte es auch in erster Linie operieren, wobei es aber gleichzeitig berechtigt war, Operationen auch auf das ganze Land auszudehnen. Die Truppen sollten dort stationiert werden, wo es für die Erfüllung ihrer Aufgaben am zweckmäßigsten war: in dem für die Kontrolle vorgesehenen Gebiet. Von der Beschränkung der Kontrolle auf dieses Gebiet erhoffte man sich Vorteile für die übrige Bevölkerung des Landes, die auf diese Weise besonderen Belastungen entging. Sitz der Landesregierung sollte eine Stadt innerhalb des Kontrollgebietes sein. Das hatte den Vorteil, dass bei Sanktionen die Übernahme der Verwaltung erleichtert werden würde.²⁹

Auf der neunten Sitzung des Overseas Reconstruction Committee (O.R.C.) am 21. Juni 1946 fiel die Entscheidung entsprechend dem von Bevin vorgelegten Memorandum zur Errichtung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Stabschefs hatten noch unmittelbar vor der Sitzung telephonisch grünes Licht gegeben. Sie hatten dabei aus ihrer antisowjetischen Haltung erneut kein Hehl gemacht und hätten am liebsten überhaupt keine internationale Militärkontrolle des Ruhrgebietes gesehen. Wenn es sie aber geben würde, dann nur unter drei Bedingungen:

- 1 westlich des Rheins sollten nur belgische und französische Truppen stationiert werden;
- 2 russische Truppen sollten aus diesem Gebiet ferngehalten werden,
- 3 die Operationen der internationalen Besatzungstruppen sollten – außer in Notfällen – auf das Ruhrkontrollgebiet beschränkt bleiben.³⁰

Diese Bedingungen wurden jedoch nicht weiter behandelt. Premierminister Attlee wies darauf hin, dass es entsprechend den Vorstellungen Bevins als Erstes um die Bildung eines neuen Landes gehe, noch vor einer Entscheidung über die Kontrolle der Industrie; insofern sei es nicht nötig, Fragen, die mit der Stationierung sowjetischer Truppen im Rahmen einer internationalen Kontrolle zusammenhingen, im gegenwärtigen Stadium zu beraten.

Die Diskussion konzentrierte sich wie erwartet auf die Frage nach den zukünftigen Grenzen des neuen Landes. Der Leiter des für Deutschland zuständigen Kontrollamtes in London, John Hynd, hatte schon vor der Sitzung Bedenken vorgebracht: Die CDU würde das neue Land beherrschen und die SPD ihre offensichtliche Mehrheit verlieren.

Jetzt wiederholte er diese Bedenken und ergänzte sie mit dem Hinweis, er befürchte, die Industriellen und Kapitalisten an der Ruhr würden dieses Land politisch beherrschen, denn selbst wenn sie ihre wirtschaftliche Macht verlören, würden sie durch die CDU politisch großen Einfluss ausüben. Schleswig-Holstein und Hannover seien nicht stark genug, um einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Hynd plädierte für die Schaffung von zwei Ländern, entsprechend den beiden Provinzen Westfalen und Nordrhein, wobei allerdings die Nordrhein-Provinz um den Raum Bochum/Dortmund erweitert werden sollte. Gegen Hynd wurden noch einmal die schon erwähnten Argumente vorgetragen; außerdem, so heißt es im Protokoll dieser Sitzung, vertrete das O.R.C. die Auffassung, dass es in jedem Fall unsicher sei, sich bei der Festlegung von Landesgrenzen zu sehr von möglichen Ergebnissen zukünftiger Wahlen in Deutschland leiten zu lassen.³¹

Blickt man auf die damalige Entscheidung zurück, so stellt sich Frage, ob deutsche Vorschläge bei dieser Entscheidung eine Rolle gespielt haben.³² Nach der Öffnung der britischen Archive stellt der Historiker zunächst einmal fest, dass deutsche Überlegungen sowohl in den Akten des Foreign Office als auch in den inzwischen vorliegenden Akten der Militärregierung fast keinen Niederschlag gefunden haben. Nur ein deutscher Politiker wird in den Verhandlungsprotokollen überhaupt erwähnt, und zwar der Oberpräsident der Nordrhein-Provinz, Robert Lehr. Lehr hatte sich im Juni 1946 aus wirtschaftlichen Gründen nachdrücklich für die Zusammenlegung der beiden Provinzen eingesetzt. Die schweren Kriegsschäden westlich des Rheins müssten durch die vom Krieg weniger heimgesuchten Gebiete in Westfalen ausgeglichen werden. Lehr hatte allerdings auch die Bildung von zwei Ländern nicht ausgeschlossen.

Kann man daraus bereits schließen, es habe keinen nennenswerten deutschen Einfluss gegeben? Zunächst muss man differenzieren zwischen den Briten *vor Ort* in Deutschland, also der Kontrollkommission, und den Mitarbeitern des Foreign Office und des Kontrollamtes in *London*. Die Militärregierung war für die Bildung eines Landes. Die Gründe

dafür hatte man eindrucksvoll am 6. Juni im Foreign Office dargelegt: Rheinland und Westfalen seien eine wirtschaftliche Einheit, und die Bevölkerung werde ein künstliches Staatsgebilde ohne historische Vorbilder nicht akzeptieren. Es ging der Militärregierung offensichtlich darum, in dem neuen Land sowohl eine kommunistische als auch eine SPD-Mehrheit zu verhindern. Das sollte durch ein Hinterland mit konservativer Bevölkerung sichergestellt werden. Man hatte den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, am 28. April 1946 gefragt, ob er für den Zusammenschluss von Westfalen ohne den Regierungsbezirk Minden mit der Nordrhein-Provinz zu einem Land sei. Adenauer war einverstanden gewesen. Das war für die Militärregierung außerordentlich beruhigend. Demgegenüber war der SPD-Vorsitzende, Kurt Schumacher, nicht gefragt worden. Er war gegen eine solche Lösung. Sie werde, wie er im Juni 1946 formulierte, „verhängnisvoll“ für die SPD sein. Seine Bedenken wurden von der Militärregierung jedoch nicht berücksichtigt. Als es um die Ernennung des ersten Ministerpräsidenten ging, hieß es auf Seiten der britischen Militärs schlicht, die SPD habe in dem neuen Land keine Mehrheit. Robertson hielt Schumacher im Übrigen für verrückt („unbalanced, if not cracked“), wie er es im Herbst 1946 intern einmal formulierte.

Die Bildung nur eines Landes in der Rhein-Ruhr-Region lag zweifelsohne in der Konsequenz der britischen Besatzungspolitik. Deutschland sollte danach als föderalistischer Bundesstaat auf der Grundlage starker, leistungsfähiger Länder reorganisiert werden. Damit hoffte man, ein alliiertes Kriegsziel zu erreichen, nämlich die dauerhafte Dezentralisierung des Reiches. Im Sommer 1946 rückte dieses Ziel immer mehr in den Vordergrund, stand doch das Gespenst einer kommunistisch beherrschten Zentralregierung in Berlin im Raum. Eine solche von den Sowjets beeinflusste Zentralregierung sollte durch das britische Konzept von vornherein geschwächt werden.

Es gab bei den Briten damals allerdings auch noch andere Überlegungen, die dann jedoch nicht weiterverfolgt wurden, da die Argumente der Kontrollkommission überzeugten:

- 1 Errichtung des Ruhrstaates wie vorgesehen und Bildung eines zweiten Landes aus dem, was von Westfalen und Nordrhein übrig blieb, ergänzt um den im Sommer 1945 der französischen Besatzungszone zugeschlagenen südlichen Teil der Rheinprovinz, d. h. die Regierungsbezirke Koblenz und Trier.
- 2 Noch eine weitere Alternative bot sich an: Die Rheinprovinz würde wieder vereint und Westfalen (ohne die Ruhr) oder Teile von Westfalen würden dann zu Hannover kommen. Wenn Frankreich allerdings darauf bestehen würde, die Gebiete westlich und östlich des Rheines unterschiedlich zu behandeln und im Westen mehr oder weniger allein bestimmen zu wollen – insbesondere dann, wenn sich die Briten nicht an der Besatzung

dort beteiligen würden –, dann sollte kein Teil der britischen Zone den Franzosen übergeben werden, bevor nicht eine Regelung zur Befriedigung der belgischen Interessen gefunden worden war, etwa durch eine belgische Besetzung Kölns und Aachens.

- 3 Wenn der Rhein zu einer Landesgrenze würde, dann sollte das östlich gelegene Gebiet der Rheinprovinz zu Westfalen kommen. Die Pfalz und Hessen-Nassau westlich des Rheines wurden bei diesen Überlegungen nicht berücksichtigt.

Vor endgültigen Entscheidungen, so lautete die Empfehlung aus London, sollte allerdings abgewartet werden, ob es zu irgendwelchen Vereinbarungen mit den übrigen Mächten kommen würde, denn „andernfalls könnten wir bei der Neugliederung unserer Zone alles erheblich durcheinander bringen und zusätzlich noch die Position der deutschen Demokraten schwächen, die dringend auf politische Unterstützung hoffen“ („crying out for political calories“); das wiederum zeige, wie wünschenswert es sei, so schnell wie möglich zu einer Übereinkunft auf Viermächteebene zu kommen, ohne die eine zukünftige Organisation Deutschlands auf Länderebene vorerst nicht durchzuführen sei.³³ Alles schien offensichtlich möglich; am Ende blieb es bei der bekannten Lösung, auch weil auf der Außenminister-Konferenz in Paris das Ende der Viermächteverwaltung für Deutschland erkennbar wurde.

Der Militärregierung gelang es im Übrigen auch, im Foreign Office und bei Teilen des Kontrollamtes in London den Eindruck zu erwecken, als ob es auf deutscher Seite nur Befürworter eines Zusammenschlusses von Nordrhein und Westfalen gebe. Anderslautende Stimmen wurden von ihr in London nicht erwähnt (selbst Lehr hatte zwei Länder – Westfalen und die Nordrhein-Provinz – als neues Land „Rheinland“ nicht ausgeschlossen). Das war wohl ausschlaggebend für die britische Entscheidung. In einem Punkt war man sich in London nämlich einig: Auf keinen Fall sollte eine Entscheidung gegen den Willen der Deutschen getroffen werden. In der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, so hieß es, sei man mehr denn je auf die Zusammenarbeit mit den Deutschen angewiesen. Dieser Aspekt wurde besonders deutlich, als Ende Mai 1946 der neue Militärgouverneur in Deutschland, Luftmarschall Sholto Douglas, London seine Vorschläge zur Abwehr des Kommunismus übermittelte. Diese Vorschläge trafen genau zu dem Zeitpunkt im Foreign Office ein, als dort noch heftig über die Grenzen des neuen Landes gestritten wurde. Das war mit Sicherheit kein Zufall, sondern vielmehr ein gelungener Schachzug der Militärregierung. In London hieß es nun, man könne die Grenzen des neuen Landes nicht „ohne Rücksicht auf Verluste“ bei den betroffenen Deutschen festlegen. Als im Foreign Office dann deutsche Kritik an der geplanten Gründung eines Landes Nordrhein-Westfalen bekannt wurde, in erster Linie

diejenige von Kurt Schumacher, hatten die Minister ihre Entscheidung bereits getroffen. Eine Änderung dieses Beschlusses stand nicht mehr zur Diskussion.

VII. Letzte Schritte

Am 28. Juni, eine Woche nach der Entscheidung für den Zusammenschluss der beiden Provinzen Nordrhein und Westfalen, informierte London die britische Militärregierung in Deutschland von diesem Beschluss, die ihrerseits am 1. Juli die Zivilgouverneure der beiden Provinzen anwies, sich für eine Konferenz am 9. Juli in Münster bereitzuhalten. Während dieser Konferenz sollten die nächsten Schritte zur „sofortigen Errichtung des neuen Landes“ festgelegt werden. Bis auf Weiteres sollten Informationen über die britische Entscheidung „unter keinen Umständen“ an Deutsche weitergegeben werden.³⁴

Am 9. Juli versammelten sich die Briten in Münster in großer Besetzung. Der gesamte militärische und politische Führungsstab der beiden Provinzen hatte sich eingefunden, um sich zunächst einmal von den Vertretern der Kontrollkommission aus Berlin darüber aufklären zu lassen, was geplant war. Bis zu diesem 9. Juli wusste man bei den Militärregierungen in Düsseldorf und Münster nämlich nur das, was in dem schon erwähnten Befehl vom 1. Juli gestanden hatte, und diese Informationen waren „äußerst dürftig“, wie es der Chef der Militärregierung der North Rine Region, der britische Brigadier John Barraclough, in einem Memorandum für die Konferenz formuliert hatte (jener Barraclough, der Adenauer im Oktober 1945 als Oberbürgermeister von Köln entlassen hatte). Barraclough vermutete – und damit hatte er Recht –, die Landesgründung sei so kurzfristig angesetzt worden, weil „internationaler politischer Druck“ vorhanden sei.

In Münster wurde vereinbart, als erstes einen „Landespräsidenten“ zu ernennen, wobei diese Bezeichnung wenige Tage später in „Ministerpräsident“ geändert wurde. Außerdem müsse ein Kabinett gebildet werden, in dem Rheinländer und Westfalen und die Vertreter der politischen Parteien in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander vertreten sein sollten. Man nahm jetzt an, die CDU werde in dem Land eine Mehrheit haben. Die Mitglieder des Kabinetts sollten engagierte Befürworter des Zusammenschlusses der Provinzen sein. Und schließlich wurde beschlossen, die Mitglieder für einen Landtag zu ernennen.

Zwei Dinge, die im nachhinein besonders interessant erscheinen, wurden ebenfalls schon auf dieser Konferenz diskutiert: der Name des Landes und der erste Ministerpräsident. Barraclough hatte in seinem Memorandum vom „Land Rheinland und Westfalen“ gesprochen und wörtlich hinzugefügt, „oder wie auch immer das neue Land heißen wird“. Er sprach diesen Punkt erneut an, erhielt aber von einem Vertreter der Kontrollkommission die Ant-

wort, der Name stehe noch nicht fest. Die Deutschen sollten ihn selbst wählen. Er schlug dann jedoch vor, das Land zunächst „Rheinland Westfalen“ zu nennen – ohne Quer- oder Bindestrich. Der Landtag könne den Namen ja noch ändern. In Berlin wurde dann aber doch wenige Tage später der Name festgelegt: zunächst noch „Land Nordrhein und Westfalen“, dann – endgültig – „Nordrhein-Westfalen“, mit Bindestrich.

Als über den ersten „Landespräsidenten“, also den Ministerpräsidenten, diskutiert wurde, wies ein Vertreter der Kontrollkommission darauf hin, dass General Robertson lieber „einen völlig neuen Mann“ ernennen wolle statt einen der beiden Oberpräsidenten, Robert Lehr in der Nordrhein-Provinz bzw. Rudolf Amelunxen in Westfalen. Die Runde war sich jedoch einig, dass es „außerordentlich schwierig, wenn nicht gar unmöglich“ sei, einen entsprechenden neuen Mann zu finden. Das Kabinett sollte innerhalb von vier Wochen gebildet und der Landtag in sechs Wochen ernannt werden. Auf ein Codewort für den Zusammenschluss der beiden Provinzen konnte man sich nicht einigen.

Am 15. Juli erfuhren die deutschen Parteiführer zum ersten Mal von dem Entschluss der Briten, Nordrhein und Westfalen zu einem Land zu vereinen. Robertson informierte Schumacher, Adenauer und Jakob Kaiser vertraulich in Berlin. Robertson berichtet, Schumacher sei über die Entscheidung zunächst nicht erfreut gewesen, und es habe anfangs so ausgesehen, als ob er sie nachdrücklich ablehnen würde. Robertsons Erklärungen und insbesondere seine Versicherung, es sei keine politische oder wirtschaftliche Abtrennung geplant, hätten Schumacher dann jedoch offensichtlich beeindruckt. Noch nachträglich sah sich Robertson in der Entscheidung für die große Lösung bestätigt – er sei sicher, dass Schumacher jeden Plan für ein Land, das nur das Ruhrgebiet umfasst hätte, abgelehnt hätte.

Im Gegensatz zu Schumacher begrüßten Adenauer und Kaiser die Entscheidung; sie waren vollkommen davon überzeugt, dass es keine Alternative gegeben habe.³⁵ Am 17. Juli ließ der Militärgouverneur, Luftmarschall Sir Sholto Douglas, durch einen Offizier seines Stabes die Öffentlichkeit unterrichten. Er selbst trat nicht vor die Presse. Die hochpolitische Entscheidung sollte als „low key operation“, als rein verwaltungsorganisatorische Maßnahme erscheinen – dies vor allem mit Blick auf die Sowjets.

Die Kontrollkommission in Berlin legte dann auch das Codewort für das Unternehmen fest: Operation „Marriage“. Es wurde keine Liebesheirat, sondern eine Vernunftehe. Das begann schon mit der Auswahl des ersten Ministerpräsidenten und der Bildung des Kabinetts. Ein Teil der Kontrollkommission war der Meinung, Amelunxen sei der richtige Mann für den Posten des Ministerpräsidenten. Nehme er an, würden die Dinge in Westfalen sehr viel einfacher laufen, lehne er jedoch ab, werde es schwierig. Entscheidend war zunächst, dass Militärgouverneur Douglas Amelunxen als politisch „zu weit rechts und

daher nicht erwünscht“ ablehnte. Am 18. Juli verlangte er umgehend Alternativen. Daraufhin beschloss der inzwischen in Nordrhein und Westfalen gebildete britische Planungsstab, den Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz, Robert Lehr, zum Ministerpräsidenten vorzuschlagen und ihm einen „starken zweiten Mann“ zur Seite zu stellen. Am 22. Juli fiel dann aber die endgültige Entscheidung für Amelunxen. Mehrere Kandidaten standen zur Auswahl, von denen Schumacher und Adenauer je zwei genannt hatten. Sie waren eine Woche zuvor von Robertson aufgefordert worden, geeignete Persönlichkeiten vorzuschlagen, nachdem sie zuvor Amelunxen abgelehnt hatten. Schumacher hatte Ernst Reuter und den Regierungspräsidenten von Arnsberg, Fritz Fries, genannt. Der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin, Reuter, lebte zu diesem Zeitpunkt aber noch in der Türkei, weshalb er abgelehnt wurde. Der Name Fries stieß ebenfalls auf keine Gegenliebe. Er sei Mitglied der SPD, und „diese Partei habe keine Mehrheit im neuen Land“.³⁶

Dann kamen die Kandidaten Adenauers an die Reihe: Das waren der Oberstadtdirektor von Münster, Karl Zuhorn, und Amelunxen! Dies war ein offenbar besonders gelungener Schachzug Adenauers, um seinen potentiellen Rivalen Karl Arnold auszubooten: Erst den Kandidaten der Kontrollkommission ablehnen und ihn anschließend als Kandidaten der eigenen Partei wieder vorschlagen. Mehr als der zweite Mann hätte Arnold im Kabinett dann kaum werden können. Arnold gehörte zum Gewerkschaftsflügel der CDU und wurde 1947 erster gewählter Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Zuhorn wurde relativ schnell als „schwach“ abgelehnt. Nach längerer Diskussion waren sich die Briten einig: Amelunxen sei ein fähiger Verwaltungsmann und eine ausreichend starke Persönlichkeit, um die Fusion der beiden Provinzen zu vollziehen. Gegen ihn wurde allerdings weiter eingewandt, er tendiere zu sehr nach rechts; er gehöre zwar keiner Partei an, aber ein großer Teil der Deutschen werde ihn wohl nicht akzeptieren. Für Amelunxen sprach seine westfälische Herkunft. In diesem Zusammenhang fiel auch die Entscheidung über die zukünftige Landeshauptstadt. Sie musste im engeren Kontrollgebiet liegen. Da bot sich Düsseldorf an – und dies noch aus einem anderen Grund: Düsseldorf sollte die Wahl eines Westfalen zum Ministerpräsidenten ausgleichen, wobei hinzukam, dass Amelunxen selbst und die meisten Westfalen der Bildung des neuen Landes weniger wohlwollend gegenüberstünden als die Rheinländer. Amelunxen war demnach jetzt ein „würdiger“ Kandidat, wie es hieß. Als „idealer“ Kandidat aber wurde Karl Arnold genannt. Man einigte sich schließlich, Arnold wegen seines politischen Werdeganges und seiner politischen Fähigkeit und nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Bewohner Nordrheins als stellvertretenden Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Lediglich für den für „unwahrscheinlich“ gehaltenen Fall, dass Amelunxen sein Amt ablehnte, wollte man Arnold dieses Amt anbieten.

Wie erwartet, kam es nicht dazu. Nachdem Luftmarschall Douglas seinen Widerstand aufgegeben hatte, wurde Amelunxen am 24. Juli in Münster das Amt des Ministerpräsidenten angeboten. Amelunxen akzeptierte. Nach einem zweiten Gespräch am 30. Juli in Düsseldorf wurde er am 1. August – rückwirkend zum 24. Juli – von den Briten offiziell zum Ministerpräsidenten ernannt. Das Ernennungsschreiben enthielt gleichzeitig detaillierte Anweisungen für die Bildung der Landesregierung. Vorgesehen waren zehn Ministerien, von denen sechs (Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft, Arbeit, Wiederaufbau, Justiz) nur minimale Kompetenzen haben sollten, weil deren Aufgaben nach wie vor von den „Zentralämtern“ in der britischen Zone wahrgenommen werden sollten. Bei der Regierungsbildung stieß Amelunxen dann auf unerwartete Schwierigkeiten. Sowohl die SPD als auch die CDU verlangten nämlich das Innenministerium für sich. Gleichzeitig betonte die CDU, sie werde sich an der Regierung überhaupt nicht beteiligen, wenn die SPD nicht mitmache. Daraufhin erklärte Schumacher, das gelte umgekehrt auch für die SPD. Der KPD-Vorsitzende Max Reimann machte seinerseits deutlich, dass seine Partei nur mitmachen werde, wenn sich auch die CDU beteilige. General Robertson entschied daraufhin, bis zur endgültigen Länderneugliederung in der britischen Zone ganz auf ein Kabinett zu verzichten. Es seien lediglich Abteilungsleiter zu ernennen. Amelunxen nannte dies einen „schlechten Anfang“ und einen „schweren Schlag für die Demokratie“. Er konnte schließlich ein Kabinett ohne CDU-Beteiligung anbieten, das von der Kontrollkommission auch akzeptiert wurde, obwohl es nicht völlig ihren Vorstellungen entsprach.³⁷ Am 30. August 1946 fand die erste Kabinettssitzung statt.

Eine Woche zuvor, am 23. August, hatte die Kontrollkommission mit der Verordnung Nr. 46 die Auflösung der preußischen Provinzen in ihrer Zone und deren Umbildung in selbständige Länder angeordnet. Damit hatte Nordrhein-Westfalen seine rechtliche Grundlage erhalten. Parallel dazu lief die Einberufung des Ernannten Landtages, der sich am 2. Oktober im Düsseldorfer Opernhaus konstituierte. Von Sozialisierung bzw. Internationalisierung der Ruhrindustrie war zunächst keine Rede mehr. Am Ende gab es keine Sozialisierung, aber immerhin im Jahre 1949 eine Ruhrkontrollbehörde.

Anmerkungen

- 1 Foreign Relations of the United States (FRUS), 1947, Vol. II, S. 814.
- 2 Top Secret, Foreign Office Memorandum „Rhenania“, vom 23. 1. 1945, zur Vorbereitung der Konferenz von Jalta. Public Record Office, London, FO 371/46720/C 322. Übersetzungen im Folgenden durch mich selbst, Rolf Steininger.

- 3 FO 371/46721/C 4745.
- 4 FRUS, 1945, Vol. II, S. 177ff.
- 5 Vgl. die Kabinettsvorlage Gen 121/1 vom 11.3.1946. CAB 129/9.
- 6 „Top Secret. The Future of the Rhineland an the Ruhr“, Memo vom 18.12.1945. FO 371/55399.
- 7 Vgl. Anm. 5.
- 8 Aufzeichnung vom 21.2.1946. FO 371/55362/C 2969.
- 9 FO 371/55362/C 2968.
- 10 FO 371/55400/C 2308.
- 11 Ebd.
- 12 FO 371/55400/C 2509, Memo v. 1. 3.1946.
- 13 Vgl. Anm. 5.
- 14 CAB 130/9.
- 15 14. und 18.3.1946. FO 371/56763/N 4156/4157.
- 16 21.3.1946. FO 371/55346.
- 17 Ebd. Aufzeichnung v. 26.3.1946.
- 18 „Top secret. Note of a Discussion about Germany on April 3rd“. FO 371/55586/C 3997/131/18.
- 19 FO 800/501/SU/46/15.
- 20 COS (46) 105 (0), Annex zu Cabinet Paper CP (46) 139. CAB 129/8.
- 21 FO 371/55401/C 4392.
- 22 FO 371/55402/C 4555.
- 23 CAB 129/8.
- 24 Cabinet Conclusions 36 (46), 17.4.1946. CAB 128/5.
- 25 FO 371/55403/C 5174.
- 26 FO 371/55405/C 6676.
- 27 Ebd.
- 28 FO 371/55405/C 6794.
- 29 CAB 134/596.
- 30 FO 371/55405/C 7313 u. C 7314.
- 31 Protokoll der Sitzung in CAB 134/595.
- 32 Vgl. hierzu Rolf Steininger: Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung Nordrhein-Westfalens, Köln 1990, S. 201–222.
- 33 Immediate. Secret. Telegr. Nr. 263, Foreign Office an britische Delegation in Paris, 15.5.1946. FO 371/155403/C 5174/14/18.
- 34 Ebd., S. 242 ff.
- 35 FO 371/55616/C 8099.
- 36 Vgl. Anm. 32.
- 37 Robertson am 18.8.1946 an das Control Office. FO 371/55407/C 9775.